

Kleine Anfrage

der Abgeordneten König-Preuss (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales

"Hatespeech" und "Hasskriminalität" in Thüringen (2019)

Bezug nehmend auf meine früheren Kleinen Anfragen zum Themenbereich "Hatespeech" und "Hasskriminalität" in Thüringen (vergleiche Antworten der Landesregierung in den Drucksachen 6/3857, 6/3858 und 6/7123), die sich mit den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018 befassten, soll mit dieser Kleinen Anfrage das Jahr 2019 in den Blick genommen werden.

Das **Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales** hat die **Kleine Anfrage 7/260** vom 3. Februar 2020 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 25. März 2020 beantwortet:

1. Welche Definition von "Hatespeech" und "Hasskriminalität" wird von der Landesregierung beziehungsweise von den Behörden im Freistaat Thüringen, insbesondere Ermittlungsbehörden, derzeit verwendet?

Antwort:

Gemäß dem bundeseinheitlichen polizeilichen Definitionssystem zur Politisch motivierten Kriminalität werden mit Hasskriminalität politisch motivierte Straftaten bezeichnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat (bei der Würdigung der Umstände der Tat ist neben anderen Aspekten auch die Sicht der/des Betroffenen mit einzubeziehen) und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie aufgrund von Vorurteilen des Täters bezogen auf

- Nationalität,
 - ethnische Zugehörigkeit,
 - Hautfarbe,
 - Religionszugehörigkeit,
 - sozialen Status,
 - physische und/oder psychische Behinderung oder Beeinträchtigung,
 - Geschlecht/sexuelle Identität,
 - sexuelle Orientierung,
 - äußeres Erscheinungsbild
- begangen werden.

Straftaten der Hasskriminalität können

- sich unmittelbar gegen eine Person oder Personengruppe, eine Institution oder ein Objekt/eine Sache richten, welche(s) seitens des Täters einer der oben genannten gesellschaftlichen Gruppen zugerechnet wird (tatsächliche oder zugeschriebene Zugehörigkeit) oder
- sich im Zusammenhang mit den vorgenannten Vorurteilen des Täters gegen ein beliebiges Ziel richten.

Für die Zwecke der bundeseinheitlichen justiziellen Sonderhebung zur Hasskriminalität sind Straftaten dann der "Hasskriminalität" zuzuordnen, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität, politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements, ihres äußeren Erscheinungsbilds oder sozialen Status gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht beziehungsweise sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder einen sonstigen Gegenstand richtet.

Erläuterung:

Der Begriff "Hasskriminalität" ist an den international eingeführten Begriff "Hate Crime" angelehnt. Antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten sind Teilmengen der Hasskriminalität.

Der Begriff "Hate Speech" wird von den Thüringer Sicherheitsbehörden (bislang) nicht verwandt.

2. Wie viele Strafanzeigen wurden im Jahr 2019 von Einzelpersonen, Vereinen und sonstigen Organisationen im Hinblick auf "Hatespeech" und "Hasskriminalität" gestellt und welche Ermittlungs- sowie gegebenenfalls Strafverfahren schlossen sich mit welchem Ausgang an (bitte einzeln nach Fall, Strafverfahren sowie Ergebnis, bei Einstellung bitte jeweiligen Einstellungsgrund angeben, auflisten)?

Antwort:

Im Jahr 2019 wurden im Themenfeld Hasskriminalität der Politisch motivierten Kriminalität 330 Straftaten polizeilich registriert. Die deliktische Verteilung der Straftaten stellt sich wie folgt dar:

Paragraf	Delikt	2019
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	37
§ 90a StGB	Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole	1
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	4
§ 126 StGB	Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	2
§ 130 StGB	Volksverhetzung	154
§ 131 StGB	Gewaltdarstellung	1
§ 164 StGB	Falsche Verdächtigung	1
§ 167 StGB	Störung der Religionsausübung	1
§ 168 StGB	Störung der Totenruhe	1
§ 185 StGB	Beleidigung	42
§ 223 StGB	Körperverletzung	21
§ 224 StGB	Gefährliche Körperverletzung	11
§ 240 StGB	Nötigung	3
§ 241 StGB	Bedrohung	17
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	29
§ 304 StGB	Gemeinschädliche Sachbeschädigung	4
	Verstoß gegen das Versammlungsgesetz	1

Aus der bundeseinheitlichen justiziellen Sonderhebung zur Hasskriminalität ergibt sich hinsichtlich der Verfahrensausgänge für das Jahr 2019 für Thüringen Folgendes:

Ermittlungsverfahren wegen Straftaten, die als Hasskriminalität zu klassifizieren sind	
neu eingeleitete Ermittlungsverfahren	516
abschließende Entscheidung der Staatsanwaltschaft bezüglich des Verfahrens:	
Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO, da Täter nicht ermittelt	172

Ermittlungsverfahren wegen Straftaten, die als Hasskriminalität zu klassifizieren sind	
abschließende Entscheidung bezüglich des jeweiligen Beschuldigten/Angeklagten	
Einstellung (durch StA oder Gericht)	
nach § 170 Abs. 2 StPO (außer: Täter nicht ermittelt)	126
nach §§ 153 ff. StPO	43
nach §§ 45, 47 JGG	21
Verurteilung (Verurteilte) insgesamt	51
andere Erledigung (Gericht)	
Freispruch	1
sonstige Entscheidung/Verfahren beendet auf sonstige Weise	24
Verurteilungen nach verhängter Sanktion	
zu Erziehungsmaßnahmen/Zuchtmitteln	3
zu Geldstrafe (auch durch Strafbefehl und § 59b StGB)	43
zu Jugend- oder Freiheitsstrafe	5
davon	
bis 6 Monate	3
darunter Bewährung	3
mehr als 6 Monate	2
darunter Bewährung	2
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	0
mehr als 2 Jahre	0

Die erhebliche Abweichung der Zahlen kann auf die unterschiedlichen Erfassungszeiträume, Definitionsansätze und Registrierungen auch aufgrund direkter Anzeigen bei den Justizbehörden zurückzuführen sein.

Eine vollständige Klärung ließe sich wegen unterschiedlicher Kriterien für den Zeitpunkt der Ersterfassung nicht einmal durch eine detaillierte Einzelauswertung durch Gegenüberstellung der 330 polizeilichen Fälle mit den 516 justiziellen Ermittlungsverfahren erzielen.

3. Wie viele Weiter- und Fortbildungen gab es im Jahr 2019 für Bedienstete der Thüringer Landesverwaltung zum Thema "Hatespeech" und "Hasskriminalität" in Thüringen?

Antwort:

Für den Bereich der Justiz hat die Deutsche Richterakademie, eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene Fortbildungseinrichtung, im Jahr 2019 folgende Tagungen angeboten:

- Tagung "Ermittlungsmaßnahmen im Bereich der Telekommunikation" vom 20. bis 25. Januar 2019 in Wustrau,
- Tagung "Aktuelle Entwicklungen im Strafrecht" vom 24. Februar bis 1. März 2019 in Trier,
- Tagung "Ausgewählte Fragen des Strafrechts und des Strafverfahrens" vom 17. bis 22. März 2019 in Wustrau,
- Tagung "Erscheinungsformen der Internetkriminalität und ihre Bekämpfung" vom 8. bis 12. April 2019 in Wustrau,
- Tagung "Internationale Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten" vom 28. April bis 3. Mai 2019 in Trier,
- Tagung "Aktuelle Entwicklungen in Kriminalistik und Strafrechtspflege" vom 25. bis 31. August 2019 in Wustrau.

Die Teilnahme an den einwöchigen Tagungen steht Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten aller deutschen Länder offen.

Im Rahmen der Zentralen Fortbildung Thüringen wurde in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ministerium der Justiz die Tagung "Internetermittlung/Internetkriminalität" vom 4. bis 6. September 2019 in Grünberg durchgeführt.

Im Rahmen der polizeilichen Fortbildung wird die Problematik in den Seminaren zum Thema "Extremismus" mitbehandelt. An den zwei im Jahr 2019 durchgeführten Seminaren nahmen 26 Teilnehmer teil. Ebenso wird die Thematik in der Ausbildung des mittleren beziehungsweise im Studium des gehobenen Polizeivollzugsdienstes behandelt.

Im Zuständigkeitsbereich des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport fanden im Jahr 2019 folgende schulinterne und zentralregionalisierte Fortbildungsveranstaltungen des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien im Rahmen des Kooperationsprojekts JUREGIO mit Bezug zum gefragten Themenfeld statt:

Datum	Ort/Zielgruppe/Teilnehmer
10.01.2019	Regelschule Warza - 38 Schüler, 2 Lehrer*innen, Medienerziehung und Medienmissbrauch, Suchtprävention
18.01.2019	SSA Westthüringen - Beratungslehrerschulung - 16 Lehrer*innen - Juregio - Rechts- und Handlungssicherheit im Umgang mit Gewalt, Medienmissbrauch, Drogen und Extremismus, Schulordnungsmaßnahmen
15.03.2019	JFK Gemeinschaftsschule Erfurt - 46 Schüler, 2 Lehrer*innen - Medienerziehung und Medienmissbrauch
03.04.2019	Staatliches Berufsschulzentrum Eisenach - 40 Lehrer*innen - Rechts- und Handlungssicherheit im Umgang mit Drogen
09.04.2019	HMG Erfurt - 45 Schüler, 36 Eltern - Cybermobbing co - Medienerziehung und Medienmissbrauch, thematischer Elternabend
08.05.2019	RS Stotternheim - 35 Schüler, 2 Lehrer*innen, Cybermobbing & co - Medienerziehung und Medienmissbrauch
16.05.2019	Justizzentrum Erfurt - 27 Rechtsreferendare, Fachtag Rechtsextremismus
26.06.2019	GS 15 Erfurt - 26 Schüler, 2 Lehrer*innen, Cybermobbing & co - Medienerziehung und Medienmissbrauch
15.08.2019	Berggymnasium Apolda - 45 Lehrer*innen, Rechts- und Handlungssicherheit im Umgang mit Medienmissbrauch
04.09.2019	RS Stotternheim - 39 Schüler, Cybermobbing & co
13.09.2019	RS Molschleben - 35 Schüler, 4 Lehrer*innen, Cybermobbing & co
25.09.2019	Fortbildung Lehrer Berufseinsteiger - 24 Lehrer*innen - Juregio - Rechts- und Handlungssicherheit im Umgang mit Gewalt, Medienmissbrauch und Drogen, Schulordnungsmaßnahmen
06.11.2019	Jugendgerichtstag DVJJ - Fachtag FH Jena - Rechts- und Handlungssicherheit im Umgang mit Cybermobbing & co - 50 Teilnehmer
28.11.2019	Justizzentrum Erfurt - 24 Rechtsreferendare, Fachtag Rechtsextremismus

Zentrale Fortbildungsveranstaltungen des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien im Rahmen des Aufgabenfeldes Medienpädagogik und Demokratieerziehung:

Datum	Veranstaltung
02.09.2019	"Alles außer Kontrolle? - politischer Meinungskampf im social web. Was kann Medienbildung leisten?" Workshops u.a.: "Außer Kontrolle? - Hassrede in Sozialen Medien", Dr. Annika Schreiter Evangelische Akademie Thüringen "Hasspostings bei facebook & Co. Man wird doch wohl noch seine Meinung sagen dürfen!", Uwe Strewe, OStA, StA Erfurt "Propaganda, Hass und Gewalt: die extreme Rechte und die sozialen Netzwerke", Felix Steiner, Romy Arnold mobit e.V.
01.10.2019	aufgeklärt - gestärkt - befähigt. Wege zu einem zeitgemäßen Jugendmedienschutz Workshop: "Hass, Mobbing und Extremismus. Möglichkeiten und Grenzen des Medienrechts und des Jugendmedienschutzes"

Datum	Veranstaltung
26.09.2019	<p>"Hate Speech' und 'Fake News' versus Fakten und kritische Medienbildung"</p> <p>Inhaltsbeschreibung: "Im Seminar werden die Hintergründe des Zusammenspiels von Medien- und Wahrnehmungssystemen bei der politischen Meinungsbildung vermittelt. Thematisiert werden u. a. aktuelle Problemstellungen wie "Fake News", "Hate Speech" und "Filterbubble". Auch der Umgang mit klassischen Medien, Bildern und Sprache findet im Seminar Beachtung, nicht zuletzt um den Begriff der "Lügenpresse" im Rahmen der aktuell politischen Phänomene wie AfD, Identitäre Bewegung sowie Pe- und Thügida auf facebook und Co. einzuordnen. Wahrheitsbildung wird als medialer Prozess - vom Ereignis zur Botschaft - spielerisch erfahren. Schwerpunkt des Seminars ist die kritische Auseinandersetzung mit antidemokratischen Medien(-inhalten) als Basis für die Reflexion der eigenen und öffentlichen Meinungsbildung in einer demokratischen Gesellschaft."</p>

Zentrale Fortbildungsveranstaltungen im Bereich Führungskräfteentwicklung im Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien

Datum	Veranstaltung
11.02.2019	Schulleitertag am "Zeitgemäße Schule in der digital vernetzten Welt" mit dem Hauptvortrag Prof. Gottschalk: Schule Digital - Digitalisierung als ganzheitlicher, strategischer Kulturveränderungsprozess in Schulen und Workshop u.a. zum Thema: Gefahren der Digitalisierung - Zur gesunden und kranken Identität im digitalen Zeitalter (Handzettel für Infoshops in der Anlage)
26.02.2019	"Hate Speech' und 'Fake News' versus Fakten und kritische Medienbildung"
17.04.2019	"Und plötzlich Schulleitung" zum Thema Schule und Recht, auch Themen zum Datenschutz diskutiert
25.04.2019	"Datenschutz und Datensicherheit im schulischen Umfeld"
15.05.2019	"Schulrecht: Datenschutz, Sorgerecht"
11.10.2019	"Und plötzlich Schulleitung" zum Thema Schule und Recht, auch Themen zum Datenschutz diskutiert

Maier
Minister